

Jahresbericht 2016 Verein PPP Schweiz

Inhaltsübersicht

1.	Vorwort des Präsidenten	4
2.	Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz im Jahr 2016	5
2.1.	PPP-Geschäfte beim Bund	5
2.2.	PPP im eidgenössischen Parlament	6
2.3.	Praxisleitfaden Hochbau Schweiz um Betriebserfahrungen ergänzt und aktualisiert	7
2.4.	PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden	7
2.5.	PPP auch in der italienischen Schweiz präsent	9
2.6.	Studiengänge	9
2.7.	PPP-Weiterbildungen Dritter	9
3.	Weitere Aktivitäten des Vereins	10
3.1.	Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst	10
3.2.	Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform	11
3.3.	Newsletter	12
3.4.	Anfragen an den Verein	12
3.5.	PPP in den Medien	13
3.6.	Referate zu PPP	14
3.7.	Kooperationen des Vereins	14
4.	Mitglieder und Finanzen	15
4.1.	Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung	15
4.2.	Finanzen	15
5.	Organe des Vereins, Experten und Gruppe italienische Schweiz	16
6.	Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen	18
7.	Ausblick auf das Jahr 2017	19

1. Vorwort des Präsidenten

Am 5. Juni 2016 haben die Genfer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit 62,8% dem Grundsatz der Seequerung und der Option einer Realisierung als PPP-Projekt zugestimmt. Bereits an Vorstudien waren Experten des Vereins PPP Schweiz beteiligt. Dieses Grossprojekt ist aufgrund seiner Signalwirkung für die ganze Schweiz von Bedeutung. Daher hat die Kantonsregierung den Verein PPP Schweiz eingeladen, im Konsultativrat der "Traversée du Lac" Einsitz zu nehmen; der Verein hat diese Einladung angenommen und einen Vertreter delegiert. Die Planung der Traversée du Lac schreitet zügig voran, der Bau in Form eines Tunnels oder einer Brücke könnte bereits 2025 starten.

Ebenso erfreulich ist aus Sicht des Vereins die Grundsatzvereinbarung zwischen dem Kanton Freiburg und dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) für eine Überdeckung der Autobahn A12 bei Chamblieux. Das ASTRA wird im Rahmen seiner Verpflichtung zur Lärmsanierung der Nationalstrassen 33 Mio. Franken dazu beitragen; für die eigentliche Projektfinanzierung – je nach Detailprojekt zwischen 33 und 60 Mio. Franken – ist eine öffentlich-private Partnerschaft nach dem PPP-Modell geplant.

Bedauerlicherweise sind innerhalb kurzer Zeit im letzten Quartal 2016 in der Stadt Luzern zwei PPP-ähnliche Vorhaben gescheitert. Bei der Salle Modulable und beim Parkhaus Musegg ist die Initiative von Privaten ausgegangen und die öffentliche Hand ins Boot geholt worden. Das klassische PPP-Modell geht davon aus, dass die Projektinitiative von der öffentlichen Hand ausgeht und Private als Umsetzungspartner im Wettbewerb ermittelt werden. Dieser Unterschied ist bedeutend: Geht die Initiative von der öffentlichen Hand aus, besteht eine entsprechende Überzeugung ihrerseits von innen heraus. Wird ein Projekt jedoch von privaten Investoren lanciert und an die öffentliche Hand herangetragen, muss die Überzeugung der öffentlichen Hand für eine gemeinsame Umsetzung im Rahmen eines PPP-Modelles zuerst von aussen gewonnen werden. Die beiden Luzerner Beispiele zeigen auf, dass dieser Weg mit Tücken verbunden ist. Dass er aber dennoch möglich ist, zeigt das Beispiel des Kultur- und Kongresszentrums Luzern KKL.

Ich danke allen Mitgliedern des Vorstands und des Expertennetzwerks für ihren grossen Einsatz und ihre Mitarbeit. Den Vereinsmitgliedern danke ich herzlich für ihre Unterstützung und ihre wertvolle Treue zum Verein.



Lorenz Bösch, Präsident

2. Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz im Jahr 2016

2.1. PPP-Geschäfte beim Bund

Auf Bundesebene war es 2016 rund um das PPP-Modell verhältnismässig ruhig. Die Volksabstimmung über den Bau einer 2. Röhre am Gotthard vom 28. Februar 2016 sorgte zu Beginn des Jahres allerdings für hitzige Debatten. Dabei wurden Befürchtungen laut, dass durch dieses Projekt nicht mehr genügend Mittel für andere dringliche Projekte bereitstünden. Nachdem die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Vorlage mit deutlicher Mehrheit zugestimmt hatten, regte der Verein nochmals an, die Umsetzung mit einem PPP-Modell zu prüfen. Frau Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der parlamentarischen Gruppe PPP, fragte den Bundesrat im Rahmen einer Interpellation am 8. März an, ob er bereit sei, die Planung des Projektes auf die Realisierung als PPP-Modell auszurichten. Sie stützte sich dabei auf die Feststellung, dass die Verwaltung diese Frage zwar bereits früher geprüft und verneint habe, sich dabei aber auf theoretische Grundlagen oder Modell-Vorstellungen abstützte. Das PPP-Modell wurde leider nie am konkreten Projekt im Vergleich zur konventionellen Beschaffung durchgerechnet. Die Meinung im Bundesrat und in der Bundesverwaltung dazu war zu diesem Zeitpunkt bereits gemacht, wie die Antwort des Bundesrates vom 13. April 2016 zeigte. Die neuerliche Überprüfung der Form der Realisierung aufgrund professioneller praktischer Kriterien wurde denn auch nicht überraschend erneut abgelehnt.

Verkehr erzeugt Lärm, unter anderem entlang der Autobahnen. Die Überdeckung von Autobahnabschnitten vor allem in Agglomerationsgebieten stellt eine mögliche Option dar, Lärmimmissionen im Interesse aller einzudämmen. Der Kanton Freiburg strebt daher eine Überdeckung der Autobahn A12 bei Chamblieux an und hat das Bundesamt für Strassen davon überzeugt, eine Grundsatzvereinbarung für eine Zusammenarbeit in diesem Projekt, das für die Entwicklung des Kantonszentrums von strategischer Bedeutung ist, zu treffen. Für die Finanzierung der Autobahnüberdeckung ist eine öffentlich-private Partnerschaft vorgesehen. Nun werden zwei Varianten untersucht: Die erste Variante weist eine Länge von 600 m auf und wird nach heutiger Schätzung 63 Millionen Franken kosten. Die Kosten der zweiten, 1000 m langen Variante werden mit 93,8 Millionen Franken veranschlagt. Im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Lärmsanierung der Nationalstrassen und um in den Agglomerationen zur Siedlungsentwicklung nach innen beizutragen, wird das ASTRA entsprechend dem Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) das Überdeckungsprojekt mit 33 Millionen Franken unterstützen. Diese sind für den Bau von Lärmschutzmauern in diesem Sektor vorgesehen. Die Bauherrschaft übernimmt der Kanton. Mit dem Mehrwert, der dank der Aufwertung der umliegenden Grundstücke erzielt werden wird, wird der Saldo finanziert werden, wobei die Modalitäten von den Partnern noch definiert werden müssen.

Im Rahmen eines Prüfberichtes analysierte die Eidgenössische Finanzkontrolle EFK fünf alternativ finanzierte Immobilienprojekte der eidgenössischen technischen Hochschulen, die wiederholt als PPP-Modelle bezeichnet wurden. Dabei stand die Prüfung der Angemessenheit der gewährten Konditionen an die Investoren und mögliche finanzielle Konsequenzen für die ETH und den Bund im Vordergrund. Vier der fünf untersuchten Projekte der ETH Lausanne und Zürich weisen eine Nettorendite von über 4% für den Investor aus, was die EFK angesichts der günstigen Risikoallokation als überhöht bezeichnet. Der Verein PPP Schweiz ist froh für die Einschätzung der EFK, nicht zuletzt deshalb, weil es sich bei den Projekten um Investorenmodelle handelte und nicht, wie vielfach dargestellt, um PPP-Modelle. Dafür fehlten u.a. eine zentrale Voraussetzung, nämlich eine Wirtschaftlichkeitsrechnung.

Mit grossem Interesse verfolgte der Verein die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen BöB, die 2017 den eidgenössischen Räten vorgelegt werden soll. Die Vorlage ist Bestandteil der weitgehenden parallelen Harmonisierung von eidgenössischem und kantonalem Beschaffungsrecht. Neben dem Bund werden auch sämtliche Kantone ihre harmonisierten Regelwerke beschliessen müssen. Der Verein verfolgte dabei insbesondere die Regelung betreffend die Suche und Wahl von privaten Investoren. Dabei geht

es unter anderem um Fragen, die den Einsatz des PPP-Modells betreffen und die der Verein bereits in der Vernehmlassung 2008 anregte, so z.B. um das Recht, dass die Auftraggeberin mit Anbietern *Verhandlungen* führen darf und bei komplexen Aufträgen ein *Dialog* möglich ist.

Schwere Cyber-Attacken bedrohen die ganze digitalisierte Wirtschaft und Verwaltung der Schweiz. Vor diesem Hintergrund sind der Bund und der Verein "Swiss Cyber Experts", dem verschiedene Schweizer Unternehmen und Fachhochschulen angehören, bereits 2015 eine öffentlich-private Partnerschaft nach dem PPP-Modell eingegangen, die vorerst für fünf Jahre beschlossen wurde. Diese aus privater Initiative entstandene Allianz zwischen Staat und Privatwirtschaft zum gemeinsamen Kampf gegen künftige Cyber-Bedrohungen wird auch von *economiesuisse* unterstützt. Im Massnahmenkatalog des Bundesrates zur "Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)" ist unter anderem enthalten, dass mittels systematischer Zusammenarbeit mit relevanten IKT-Leistungserbringern und Systemlieferanten zusätzliche Fähigkeiten und Kapazitäten aufgebaut werden sollen. Für die Strategieumsetzung ist die Melde- und Analysestelle Informationssicherung des Bundes (MELANI) in Kooperation mit den "Swiss Cyber Experts" verantwortlich. Die PPP hat zum Ziel, im Falle schwerer Cyber-Übergriffe den Geschädigten dank gebündeltem Expertenwissen effizient eine Diagnose zu liefern. Ein praktisches Beispiel lieferte der Cyber-Spionage-Angriff, der auf den bundeseigenen Rüstungskonzern RUAG verübt und 2016 gestoppt wurde. Im Auftrag des Bundesrates wurde ein Bericht mit den technischen Erkenntnissen zu diesem Fall publiziert, der sich an Sicherheitsverantwortliche und Fachpersonen im Bereich Netzwerksicherheit richtet und diese bei der Erkennung von Risiken im eigenen Netz und bei der Implementierung von möglichen Sicherheitsmassnahmen unterstützen soll.

2.2. PPP im eidgenössischen Parlament

Die parlamentarische Gruppe für öffentlich-private Partnerschaften PPP ersuchte die Nationalrätinnen und Nationalräte in der Wintersession mit Erfolg, die Motion "Transparenz bei der Spitalfinanzierung durch die Kantone" gutzuheissen, die der Ständerat in der Herbstsession auf Antrag seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit genehmigte. Die Kommission begründete diesen Vorstoss, indem sie daran erinnerte, dass der Gesetzgeber mit der neuen Spitalfinanzierung Transparenz herstellen, die Vergleichbarkeit verbessern und einen fairen Wettbewerb unter den Spitälern über die Kantonsgrenzen hinaus ermöglichen wollte. Um beurteilen zu können, ob diese Ziele erreicht werden, muss u.a. untersucht werden, wie Investitionen und gemeinwirtschaftliche Leistungen in der Praxis finanziert werden. Das Bundesamt für Gesundheit hat dazu eine Studie vorgelegt, deren Daten aber nach Einschätzung des Parlaments keinen Vergleich der Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Investitionen zulassen. Diese Situation wurde als unbefriedigend betrachtet, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung wettbewerbsverzerrende Subventionen ausgerichtet worden sind. Eine erhöhte Transparenz würde auch erlauben, Chancen von öffentlich-privaten Partnerschaften besser zu beurteilen. Das Modell wurde nach Kenntnissen des Vereins mehrfach erwogen, letztlich aber leider nicht vertieft geprüft, was möglicherweise auf die bislang fehlende Vergleichbarkeit zurückzuführen ist.

Die parlamentarische Gruppe PPP verzichtete mangels aktueller Geschäfte auf die Durchführung eines Parlamentariertreffens, richtete sich jedoch mit einem Newsletter an die Mitglieder der grossen Kammer zum Geschäft der Spitalfinanzierung. Der Gruppe gehören 28 Parlamentarierinnen und Parlamentarier an, davon 7 dem Stände- und 21 dem Nationalrat.

2.3. Praxisleitfaden Hochbau Schweiz um Betriebserfahrungen ergänzt und aktualisiert

Die Erstausgabe des Praxisleitfadens Hochbau Schweiz, die der Verein 2011 veröffentlicht hat, wurde 2016 um die Erfahrungen aus dem Betrieb des PPP-Pilotprojektes "Neumatt" in Burgdorf ergänzt und in kompakter und aktualisierter Form herausgegeben. Der Leitfaden steht auf der Wissensplattform des Vereins im Internet zum kostenlosen Download bereit und soll so Interessenten am PPP-Modell den Einstieg in die Materie erleichtern. In den ersten sieben Monaten, während denen der Leitfaden zum kostenfreien Bezug zur Verfügung stand, wurde von dieser Option schon rund 100 Mal Gebrauch gemacht. Der Leitfaden erleichtert öffentlichen Auftraggebern wie privaten Anbietern die Vorbereitung und Durchführung von PPP-Projekten, macht PPP verständlich und stellt unter Beweis, dass das Modell zur Zufriedenheit aller Beteiligten umgesetzt werden kann. Gleichzeitig hilft er, die Realisierbarkeit potenzieller Projekte zu klären und Antworten auf viele sich stellende Fragen zu finden. Damit belegt er, dass das PPP-Modell auch in der Schweiz erfolgreich eingesetzt werden kann. Es ist daher sinnvoll, dieses als Realisierungsvariante bei grösseren Investitionen immer mit zu prüfen.

2.4. PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden

Kaum ein Vorhaben beschäftigt die Bevölkerung des Kantons Genf länger als die Seequerung: Die Idee eines Autotunnels tauchte erstmals 1896 auf und führte zu verschiedenen Projekten und Volksabstimmungen. Trotzdem queren noch heute 281'000 Fahrzeuge pro Tag die Rohne in Genf. Nachdem noch 1996 ein möglicher Lösungsansatz an der Urne verworfen wurde, reiften Pläne für eine weiträumigere Problemlösung: Ein Tunnel oder eine Brücke soll als Bestandteil einer 13 Kilometer langen, auf Schweizer Boden verlaufenden Strecke die schweizerische A1 und die französische A40 verbinden. Im Juni 2016 willigten die Genfer an der Urne ein zum Bau einer Seeüberquerung als Tunnel oder Brücke und zur Option einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP). Der Kanton hat eine Gesetzesvorlage für einen Kredit entwickelt, der es erlauben soll, nun die nötigen technischen und finanziellen Studien sowie Abklärungen betreffend Umweltverträglichkeit und die Wiederaufwertung des Genfer Zentrums in die Wege zu leiten. Ziel der Genfer ist es, dass die Verbindung dereinst in das Schweizer Nationalstrassennetz aufgenommen wird. Der Verein PPP Schweiz begrüsst das Vorhaben, das richtungsweisend für die Umsetzung grosser Verkehrsvorhaben mit einem neuen Ansatz sein könnte.

In der Stadt Bern hat der Gemeinderat die Umsetzung der "Velo-Offensive" beschlossen. Sie hat zum Ziel, bis 2030 den Veloanteil am Gesamtverkehr von heute rund 11 auf 20 Prozent zu steigern. Die Umsetzung des Veloverleihsystems wurde der "PubliBike" übertragen, die bereits in Fribourg, Lugano und Sion erfolgreich tätig ist. Gegen diesen Entscheid wurde rekurriert, der Ausgang ist offen.

Die Kultur-Infrastruktur in Luzern muss neu angepackt werden, die als PPP angedachte "Salle Modulable" wurde beiseitegelegt. Nachdem das kantonale Parlament den Planungskredit mit der Begründung "zu gross" knapp verwarf, zog sich auch die Stadt zurück. Wie die Infrastruktur dereinst aussehen soll, wird nun neu definiert.

In der Westschweiz fasst das PPP-Modell schneller Tritt als in der deutschen Schweiz, wie die folgenden Beispiele von PPP-Projekten und PPP-ähnlichen Vorhaben zeigen.

Das 2014 in Betrieb genommene Zentrum für ambulante Chirurgie Beaumont in Lausanne wird nach wie vor von allen Beteiligten geschätzt und gelobt. Sowohl der private Partner für den Betrieb, als auch der öffentliche Partner, das Universitätsspital Lausanne CHUV, betonen, das Projekt sei erfolgreich angelaufen. Die privat betriebenen Operationssäle für ambulante Eingriffe entlasten wie geplant die Infrastruktur des CHUV, wo die freien Kapazitäten wiederum für grössere, finanziell einträglichere Eingriffe genutzt werden können.

Das Hôtel des Patients in Lausanne wird als PPP-ähnliches Investorenmodell durch das Waadtländer Universitätsspital CHUV und die Retraites Populaires realisiert und als erstes seiner Art, nach skandinavischem Vorbild, in das CHUV integriert. Das Hôtel des Patients steht als modernes Dreisternehaus Patienten, deren Angehörigen, aber auch Touristen offen und wurde Ende 2016 in Betrieb genommen.

Der Walliser Staatsrat hat sich 2016 für die Kardiologie und Herzchirurgie im Wallis zugunsten einer Partnerschaft ausgesprochen. In seinem Prüfbericht hält er fest, dass das PPP-Modell es ermöglichen würde, sich den Herausforderungen in der Entwicklung der Versorgung, der medizinischen Techniken, der Infrastrukturen und der Weiterbildung zu stellen. Das Spital Wallis und die Clinique de Valère sind nun aufgefordert, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Die Stadt Yverdon-les-Bains hat im Januar 2016 die Finanzierung, den Bau und den Betrieb des städtebaulich wichtigen Projekts "unterirdisches Parkhaus" unter der Place d'Armes öffentlich ausgeschrieben. Mit einer Eröffnung ist ab 2019 zu rechnen.

Die Walliser Gemeinden Crans-Montana, Icogne und Lens haben sich 2016 definitiv dafür entschieden, ihr geplantes Erlebnisbad "Aqualoisirs" von Privaten bauen und betreiben zu lassen. Bis Ende 2017 will die Delegiertenversammlung der drei Gemeinden das Projekt finalisieren und entscheiden, in welcher Form sich die Gemeinden daran beteiligen wollen.

Im Mai 2016 legte die Gemeinde Morges den Nutzungsplan für das Areal des geplanten regionalen Wassersportzentrums in Morges öffentlich auf, Anfang Juni wurde die Präqualifikation des privaten Partners öffentlich ausgeschrieben. Der Aufgabenkatalog des privaten Partners umfasst die Konzeption, den Bau, die Co-Finanzierung sowie den Betrieb. Der Baustart ist für 2019 geplant; die Eröffnung soll 2021 stattfinden.

Ein Rekurs gegen das im PPP-Modell geplante Regionalsportzentrum Greyerzerland soll 2017 bearbeitet werden. Die Association Régionale la Gruyère (ARG) entwickelt derweil das Siegerprojekt weiter. Das finale Projekt und der dazugehörige PPP-Vertrag (u.a. Betrieb durch Private über 25 Jahre) sollen laut der ARG nach Abschluss des Rekursverfahrens so bald wie möglich dem Volk vorgelegt werden.

Im Zentrum von Delsberg soll bis 2019 im PPP-Modell mit dem Théâtre du Jura das erste Theater des Kantons Jura entstehen. Der PPP-Vertrag wurde Ende 2015 unterzeichnet. Anfang 2017 gab die private Stiftung "Fondation pour le Théâtre du Jura" bekannt, bereits 80% der 8 Millionen Franken an privaten Geldern für den Bau des Theaters seien gesichert. Das Theaterhaus ist Teil des Immobilienprojekts "Le Ticle", wo Coop als Bauherrin und HRS als Generalunternehmer ein Einkaufszentrum und rund 100 Wohnungen realisieren. 2018 soll mit dem Bau begonnen werden, die erste Theatersaison ist für 2019/2020 geplant.

Auch in der italienischen Schweiz tut sich einiges: Die Stadt Lugano plant das Sport- und Event-Zentrum Cornaredo im PPP-Modell und sieht als nächste Schritte eine Projektbereinigung und einen Investorenwettbewerb vor.

Für das Kongresszentrum Campo Marzio in Lugano ist der Präqualifikationswettbewerb abgeschlossen, dessen Resultate zu einer Anpassung des Projekts führten, insbesondere zur Aufnahme von Wohnraum. Als nächster Schritt ist ein zweiteiliger Wettbewerb geplant: Städtebau/Architektur und Wirtschaftlichkeit/Finanzierung.

2.5. PPP auch in der italienischen Schweiz präsent

Da das PPP-Modell im Kanton Tessin seit längerem breit diskutiert wird, hat der Verein PPP Schweiz im Jahr 2016 eine "Gruppe italienische Schweiz" gebildet. So soll die Präsenz des Vereins in der italienischen Schweiz gestärkt und das Know-how rund um das PPP-Modell dort stärker verbreitet werden.

Zu diesem Zweck hat der Verein den Tessiner Experten Dr. Tobiolo Gianella in den Vorstand gewählt und ihn mit der Bildung und der operativen Leitung der Gruppe beauftragt. Die wesentlichen Ziele bestehen in der Wissensvermittlung für die öffentliche Hand, insbesondere der politischen und institutionellen Entscheidungsträger, sowie der Privatwirtschaft. Dazu sind Vorträge, Seminare und Informationsveranstaltungen sowie Fachbeiträge in den Medien der italienischen Schweiz vorgesehen. Zudem wird die Wissensplattform im Internet ab 2017 auch in italienischer Sprache verfügbar sein.

An dieser Stelle sei unserem langjährigen Übersetzungspartner FXM Traduction für seine stets wertvolle Unterstützung gedankt.

Dr. Tobiolo Gianella, seit 2013 Experte des Vereins, hat als PPP-Verfechter der ersten Stunde 2008 seine Dissertation an der Università della Svizzera italiana (USI) zu PPP im Kontext der Schweizer Gemeinden verfasst. Seit 2009 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wirtschaftsfakultät der USI in Lugano, wo er auch als Dozent für Public Management (Bachelor) und Public Management and Policy (Master) wirkt. Daneben ist er dort auch in der Forschung in den Bereichen Wirtschaftspolitik (mit Fokus PPP, international bis lokal) sowie Gesundheitsmanagement (Altersheime und öffentliche wie private Spitäler) tätig. Bereits vor der Gründung der "Gruppe italienische Schweiz" hat Dr. Tobiolo Gianella verschiedene Artikel über das PPP-Modell in Tessiner Tageszeitungen und Fachmedien veröffentlicht.

2.6. Studiengänge

Das PPP-Modell wurde von Professor Andreas Lienhard und Dr. Urs Bolz in folgenden beiden Studiengängen des Kompetenzzentrums für Public Management (kpm) der Universität Bern vermittelt:

- Executive Master of Public Administration (MPA)
- Certificate of Advanced Studies in Public Administration (CAS)

2.7. PPP-Weiterbildungen Dritter

Die von "Bau und Wissen", dem Forum für Wissenstransfer in der Baubranche, geplante Weiterbildungsveranstaltung "Öffentlich-private Partnerschaft im Bauprojekt nach dem PPP-Modell" für in der Baupraxis tätige Hochschulabsolventen, insbesondere für Architekten, Ingenieure und Bauherren, musste leider mangels Nachfrage abgesagt werden.

Die vom Verein PPP Schweiz für öffentliche Verwaltungen in den Vorjahren ausgeschriebenene Weiterbildungsanlässe wurden 2016 nicht durchgeführt. Vorabklärungen zeigten, dass die Nachfrage dafür zu gering war. Der Verein wertet dies als positives Zeichen dafür, dass das Wissen um die Kernelemente des PPP-Modells dank seiner zehnjährigen Aufklärungs- und Informationsarbeit nun in breiteren Kreisen der Verwaltungen verankert sein dürfte.

3. Weitere Aktivitäten des Vereins

3.1. Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst

An einer Informationsveranstaltung im Anschluss an die Generalversammlung Mitte Mai in Paudex zur **Seequerung Genf** hat Matthieu Baradel, Projektleiter der Seequerung im Verkehrsdepartement des Kantons Genf, zusammen mit Professor Bellanger von der Fakultät für öffentliches Recht der Universität Genf und dem Verkehrsökonom Ansgar Kauf das Projekt gerade rechtzeitig vor der Volksabstimmung einer grösseren Zahl von Interessierten präsentiert.

Die Region "Grand Genève" ist mit rund 900'000 Einwohnern und 440'000 Arbeitsplätzen eines der grossen Ballungszentren der Schweiz mit täglich 3,8 Mio. Fahrten, über 80% davon im motorisierten Individualverkehr. Das untere Genferseebecken gehört zu den besonders staugeplagten Regionen der Schweiz. Bis 2030 wird die Region zusätzliche 200'000 Einwohner und 100'000 Arbeitsplätze umfassen.

Daher plant der Kanton Genf im Rahmen einer multimodalen und koordinierten Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen den Bau einer Seeüberquerung bis 2030, welche am 5. Juni 2016 zur Abstimmung gelangte. Das Vorhaben soll nach dem Willen der Genfer Regierung im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) realisiert werden.

Eine im September 2013 veröffentlichte Studie von *economiesuisse* hat die Machbarkeit im Rahmen eines PPP-Modells bestätigt. Wie Mitverfasser Serge Y. Bodart, Mitglied des Expertennetzwerks des Vereins PPP Schweiz, aufzeigte, kann die Seequerung zur Auflösung der Staus beitragen. Sie führt zu einem zügigeren Verkehrsfluss sowie zu einer besseren Erreichbarkeit der ganzen Region und insbesondere des linken Seeufers. Vor allem die Autobahn A1, aber auch die Hauptdurchgangsstrassen in der Stadt Genf werden wesentlich entlastet. Daraus ergeben sich für die Nutzer beachtliche Zeitgewinne sowie mehr Komfort, Sicherheit und Zuverlässigkeit.

Die neue Seequerung erfüllt die Voraussetzungen für eine Realisierung als PPP nach internationalen Massstäben und die Eignungskriterien der Bundesverwaltung. Die Ingenieure bestätigen die technische Machbarkeit der neuen Seequerung. Die bestehenden Verkehrsprognosen rechtfertigen den Bau dieses Vorhabens. Das Projekt könnte gänzlich vom privaten Sektor ohne Kredite der öffentlichen Hand finanziert werden. Die Benutzer hätten eine Benutzungsgebühr zu entrichten.

Wie der Verein im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Anschluss an die Generalversammlung Ende November in Bern darlegte, eröffnet das PPP-Modell **Sparpotenzial bei öffentlichen Dienstleistungen**. Dazu werden sich inskünftig vermehrt unterschiedliche öffentliche und private Partner in agilen Communities zusammenschliessen und das Lebenszyklus- und Nachhaltigkeitsdenken verstärken, um Effizienz und Effektivität zu steigern. Angesichts der Herausforderungen und der drohenden Überforderung des Staats bietet sich die PPP-Methodik als ausgezeichnete Möglichkeit an, neue Partnerschaften zu lancieren und partnerschaftliche Zusammenarbeitsformen zu optimieren, wie Urs Bolz, Leiter des Expertennetzwerks des Vereins PPP Schweiz, darlegte. Als Kernelemente des PPP-Modells gelten, dass öffentliche wie private Partner in der Ergebnisverantwortung für das Endprodukt stehen und dass das Projekt auf den Lebenszyklus ausgerichtet wird. Der Private übernimmt dabei explizit wirtschaftliche Risiken, dank geeigneter Anreizsysteme zahlt sich der Erfolg für ihn aber aus.

Ruedi Hausammann, Gründer und Partner der NOVO Business Consultants AG, zeigte die enormen Kosten durch die steigende Komplexität der Informations- und Kommunikationstechnologie ICT nicht nur bei Projekten, sondern insbesondere auch bei der

Pflege von IT-Landschaften auf. So setzt der Kanton Basel-Landschaft zur Abwicklung betriebswirtschaftlicher Prozesse eine umfangreiche SAP-Plattform mit rund 50 vernetzten IT-Systemen ein.

Um die Gesamtsituation sowohl qualitativ als auch wirtschaftlich zu verbessern, erfolgte die komplette Überführung des Betriebs, des Supports und der Weiterentwicklung der gesamten SAP-Plattform und der zugehörigen Drittsysteme in eine schweizweit bislang einzigartige öffentlich-private Partnerschaft. Diese PPP orientiert sich am Lebenszyklus, welcher bei einer SAP-Landschaft deutlich über 10 Jahren liegt. Dabei bilden die beiden Partner eine Verantwortungsgemeinschaft und teilen sich die Risiken und Verantwortlichkeiten entlang ihrer Kernkompetenzen.

Wie Andreas Schläpfer darlegte, will das energienetz GSG die betriebliche Energieeffizienz im Industriegebiet Gossau Ost - St.Gallen West steigern sowie den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen kontinuierlich senken. Dazu haben 31 lokale Mitgliedunternehmen, die Gemeinden Gaiserwald, Gossau und St.Gallen, die lokalen Energieversorger, die regionalen Handels- und Industrievereinigungen sowie die Energiefachstelle des Kantons St.Gallen eine einfache Gesellschaft in Anlehnung an das PPP-Modell gegründet. Diese strebt weiter an, ein Niedrigtemperatur-Wärmenetz (Anergienetz) zu realisieren, um die überschüssige Abwärme aus den Industrieprozessen für die Wärmeversorgung zu nutzen.

Jean-Christophe Favre, Berater für Partnerschaften mit der Privatwirtschaft bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, hat aufgezeigt, wie die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft aussehen kann, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Die DEZA engagiert sich zu diesem Zweck in innovativen Partnerschaften mit der Privatwirtschaft. In deren Rahmen bringt jeder Partner seine Kompetenzen und Ressourcen ein, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, auch wenn die jeweiligen Interessen unterschiedlich sein sollten. Ziel ist, Produkte und Dienstleistungen für die am stärksten Benachteiligten zu entwickeln, wie zum Beispiel Mikro-Versicherungen gegen Naturkatastrophen, das Geschäftsmodell von Unternehmen zu beeinflussen, indem zum Beispiel der Wasser-Fussabdruck ihrer Produkte verkleinert wird, und den Dialog über die Grundsätze für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln und die Menschenrechte zu fördern, zum Beispiel im Rahmen des Global Compact. So soll ein nachhaltiger, weitreichender Beitrag zur Erreichung der Entwicklungsziele und der Armutsbekämpfung geleistet werden können.

3.2. Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform

Die Präsenz des Vereins im Internet ist nach wie vor die wichtigste erste Anlaufstelle für Interessenten am PPP-Modell in der Schweiz. Die Geschäftsstelle und Webcontent-Manager Lukas Langhart bemühen sich weiterhin, das Interesse der Internetbesucher mit aktuellen Nachrichten im Umfeld von öffentlich-privaten Partnerschaften hoch zu halten. Gleichzeitig galt es, auf interessante Veranstaltungen im In- und Ausland hinzuweisen und auf Anlässe des Vereins aufmerksam zu machen. Zum erweiterten Tagesgeschäft gehört es, bestehende PPP-Projekte zu aktualisieren, neue Vorhaben zu portraituren, auf Veränderungen im PPP-Umfeld aufmerksam zu machen und neue Fachbeiträge zu verarbeiten.

Dieser zunehmend wichtige Teilbereich der Arbeit des Vereins wäre angesichts der rückläufigen Mitgliederbeiträge ohne Sponsoren in dieser Form nicht mehr zu leisten. Der Verein dankt daher erneut den Sponsoren HRS Real Estate AG (www.hrs.ch) und Hirslanden AG (www.hirslanden.ch) für ihre ausserordentlich wertvolle Unterstützung der Wissensplattform.



HIRSLANDEN



Der Verein würde sich sehr freuen, wenn weitere Sponsoren für eine Unterstützung der gemeinsamen Sache gewonnen werden könnten. Die Geschäftsstelle steht Interessenten dazu gerne mit Informationen zur Verfügung.

3.3. Newsletter

Mit vier Ausgaben des elektronischen Newsletters orientierte der Verein seine Mitglieder und gegen 2'800 Schlüsselpersonen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft über wichtige und aktuelle Veränderungen im Umfeld des PPP-Modells und des Vereins. Die zahlreichen Reaktionen zeigen, dass diese Dienstleistung sich sehr gut etabliert hat und weiterhin geschätzt wird.

3.4. Anfragen an den Verein

Das Interesse am PPP-Modell hat sich 2016 in einer anhaltend hohen Zahl von Anfragen aus dem In- und Ausland nach Informationen zum PPP-Modell und nach inhaltlicher Unterstützung niedergeschlagen. Hier ein Ausschnitt aus diesen Anfragen:

Wer	Anliegen
Kanton Genf	Anfrage nach Vertreter im Konsultativrat der Traversée du Lac; der Generalsekretär des Genfer Baumeisterverbandes, selber Vereinsmitglied, vertritt den Verein.
Gemeinde Reiden	Initialinformationen für PPP-Projekt (Neubau Mittelstufe-Schulhaus) gesucht; Beratung durch Geschäftsstelle.
Gemeinde Roggwil	Sucht alternativen Finanzierungsweg für gesellschaftliche Aufgabe; beantwortet durch Geschäftsstelle.
Gemeinde Sumiswald	Sucht Partner für PPP-Modell oder ggf. Investoren für partnerschaftliche AG; beantwortet durch den Präsidenten.
Berner Fachhochschule Architektur, Holz und Bau	Promotionsmöglichkeiten für neuen Studiengang im Bereich Real Estate Management mit PPP -Bezug gesucht; auf Wissensplattform des Vereins veröffentlicht.
Thailändische Botschaft Bern	Anfrage nach Interviewpartner für Besuch einer PPP-Delegation; empfangen durch Dr. Urs Bolz und Dr. Peter Müller.
Globales Netzwerk Apolitical.co	Anfrage nach Update zu Schweizer PPP-Projekten; wurde durch Geschäftsstelle informiert.
Global Solutions, Spanien	Anfrage nach Beispielen, wie in der Schweiz Infrastrukturen unter Einbezug privaten Kapitals bei gleichzeitiger Wahrung der staatlichen Projekthoheit realisiert werden können; durch Geschäftsstelle mit Projektleiter der Genfer Seequerung zusammengebracht.

Der Verein dankt den Vorstandsmitgliedern und PPP-Experten, die sich für die Beantwortung der Fachfragen zur Verfügung gestellt haben.

3.5. PPP in den Medien

Als Teil der Medienarbeit betrieb die Geschäftsstelle weiterhin ein nationales PPP-Issues-Management, das sich primär auf Veröffentlichungen im Internet und auf Berichte in den Printmedien abstützte. Dieses "Frühwarnsystem" verfolgte das Ziel, offene Fragen und Themen frühzeitig zu erkennen und Trends und Erwartungen zu entsprechen. Im Zug dieser Arbeit wurden 2016 rund 1'200 Beiträge gesichtet und inhaltlich auf die Relevanz für die Vereinstätigkeit analysiert. Daraus resultierten über 100 Meldungen, die an Experten oder Mandatsträger weitergeleitet wurden oder deren Inhalt in die Wissensplattform im Internet einfluss.

Im vergangenen Jahr richtete der Verein folgende Beiträge an die Medien oder wirkte bei folgenden Berichten aktiv mit:

Datum	Thema
26.01.2016	Das Fachmagazin "Architektur + Technik" berichtet unter dem Titel "PPP-Pilotprojekt Neumatt Burgdorf" über die Broschüre des Vereins zur Betriebsbilanz und die filmische Reportage.
11.2.2016	Medienmitteilung des Vereins zur Gründung einer Arbeitsgruppe italienische Schweiz des Vereins, erschienen in verschiedenen Tessiner Tageszeitungen und Fachpublikationen
15.02.2016	Das Fachmagazin "Schweizer Gemeinde" portraitiert unter dem Titel "Gemeinsame Wege für komplexe Projekte" das PPP-Modell anhand des Projekts "Sports en Gruyère" und eines Interviews mit dem Vereinspräsidenten.
05.04.2016	Das Fachmagazin "bâtitech" portraitiert unter dem Titel "Excellent bilan d'exploitation pour le projet pilote" das PPP-Projekt "Neumatt" in Burgdorf und die Broschüre des Vereins zur Betriebsbilanz.
13.05.2016	Das Immobilientreuhänder-Fachorgan "svit Romandie" nimmt unter dem Titel "Guide pratique Bâtiment PPP" die Medienmitteilung des Vereins zur Informationsveranstaltung des Vereins in Paudex auf
06.06.2016	Das Fachmagazin "bauwirtschaft" berichtet unter dem Titel "Genf schickt den Verkehr auf den See" über den positiven Ausgang der Genfer Volksabstimmung zur Genfer Seequerung und die Option, diese als PPP zu realisieren.
04.07.2016	Das Fachmagazin "bâtir" stellt unter dem Titel "Un mythe prend forme" das Projekt der Genfer Seequerung und die Option PPP vor.
03.11.2016	Die Neue Zürcher Zeitung geht unter dem Titel "Baue Schulhaus – suche Investor" auf ein Schulhaus-Projekt der Gemeinde Reiden ein, das als PPP-Vorhaben im Raum stand. Im Beitrag kam unter anderen auch der Geschäftsführer des Vereins zu Wort, der die PPP-Tauglichkeit des Unterfangens aufgrund der Voraussetzungen in Zweifel zog. Gleichzeitig portraitiert der Artikel realisierte PPP-Vorhaben, darunter "Neumatt" in Burgdorf.
12.12.2016	KMU-Fachmagazin "Organisator" nimmt unter dem Titel "Sparen bei öffentlichen Dienstleistungen durch Partnerschaften" die Medienmitteilung zur Informationsveranstaltung des Vereins in Bern auf.

Darüber hinaus standen die Vorstandsmitglieder und die Geschäftsstelle Journalisten und Medienschaffenden mit Informationen und der Beantwortung von Fragen zu öffentlich-privaten Partnerschaften und zum PPP-Modell mehrfach zur Seite.

Auch Exponenten des Vereins waren publizistisch aktiv:

Autor	Beitrag	Erscheinung
Lorenz Bösch	Interview für einen Artikel in der "Schweizer Gemeinde" unter dem Titel "Neue Wege für komplexe Projekte"	15.02.2016
Dr. Tobiola Gianella	Diverse Artikel und Interviews in Tessiner Tages- und Fachmedien	2016
Prof. Andreas Lienhard	Praxishandbuch Public Management	2016

3.6. Referate zu PPP

Im Rahmen eines Kundenanlasses der UBS zum Thema "Partnerschaftliche Investitionsmodelle" war Lorenz Bösch, der Präsident des Vereins, eingeladen, das PPP-Modell zu erklären. Im Mittelpunkt standen die Fragen, ob ein partnerschaftliches Modell für die Realisierung eigener Investitionsvorhaben Sinn macht und wo der Nutzen für die involvierten Parteien liegt. Hälgi Facility Management hatte Gelegenheit, die Betriebserfahrungen mit dem Pilotprojekt "Neumatt" in Burgdorf zu präsentieren. Der Verein dankt dem langjährigen Vereinsmitglied UBS an dieser Stelle bestens für diese wertvolle Plattform.

Im Rahmen eines MPA-Kurses der Universität Lausanne IDHEAP hat Doris Haldner, Vorstandmitglied des Vereins und Vorsitzende der Vertragskommission des kantonalen Verwaltungszentrums "Neumatt" in Burgdorf, zusammen mit Karin Habegger, Facility-Managerin im Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) des Kantons Bern, einen Vortrag zu den "Expériences du premier projet de PPP en Suisse" gehalten.

3.7. Kooperationen des Vereins

Die freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern und mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH in Zürich, die beide Repräsentanten in den Vereinsvorstand abstellten, wurde auch 2016 fortgeführt. Daneben pflegte der Verein den Informations- und Erfahrungsaustausch mit zahlreichen nationalen Gremien und Organisationen. Im Austausch über die Landesgrenzen hinaus standen "Partnerschaft Deutschland" und die PPP-Fachgruppe der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen im Vordergrund. Diese Kontakte trugen mit wertvollen Anregungen und Informationen zur Verbreiterung des Wissens über das PPP-Modell bei. Sie alle sind für den Verein weiterhin wichtige Informationsquellen, denen an dieser Stelle herzlich für den Informationsaustausch gedankt sei.

4. Mitglieder und Finanzen

4.1. Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung

Im Jahr 2016 sind die Credit Suisse AG-Real Estate Investment + Management, der Kanton Genf sowie eine Einzelperson dem Verein beigetreten.

Dagegen stehen die Austritte der BearingPoint Switzerland AG, der RESO Partners AG, der Itten+Brechbühl AG und von neun Einzelpersonen. Mit der Auflösung der Fachgruppe Gesundheit des Vereins schieden sechs Mitglieder aus dem Verein aus, zwei Einzelpersonen sind infolge Pensionierung aus dem Verein ausgetreten. Mit grossem Bedauern musste der Verein 2016 den Hinschied seines Beraters Klaus Baumgartner, alt Stadtpräsident von Bern, zur Kenntnis nehmen.

Trotz intensiven Bemühungen zur Mitgliederwerbung seitens der Geschäftsstelle ging die Zahl der Vereinsmitglieder per Ende des Vereinsjahres empfindlich von 96 auf 78 Mitglieder zurück.

4.2. Finanzen

Die Jahresrechnung 2016 des Vereins schliesst trotz verstärktem Sparkurs mit einem Verlust von Fr. 26'261.53 (Vorjahr Fr. -19'957.75) bei einem um rund Fr. 37'000 tieferen Totalertrag (inkl. Finanzertrag) von Fr. 247'624 (Vorjahr Fr. 284'818).

Der Verlust ist vor allem auf den Rückgang der Mitgliederbeiträge zurückzuführen, der nur teilweise kompensiert werden konnte; ein geschuldeter Mitgliederbeitrag musste abgeschrieben werden. Gleichzeitig ist das Tätigkeitsfeld des Vereins gewachsen, wodurch auch höhere Drittkosten wie etwa für Informatik, Übersetzungen, usw. entstanden. Schliesslich waren ungeplante Mehraufwendungen für die Auswertung des überarbeiteten Praxisleitfadens zu verbuchen. Konstant geblieben sind die Kosten der Geschäftsstelle.

Haupteinnahmequelle bildeten weiterhin die Mitgliederbeiträge, deren Total sich allerdings um rund Fr. 32'000 auf Fr. 236'000 (Vorjahr Fr. 268'400) zurückbildete.

Das Vereinsvermögen beläuft sich per 31.12.2016 neu auf Fr. 31'654 (Vorjahr Fr. 57'916).

5. Organe des Vereins, Experten und Gruppe italienische Schweiz

Vorstand

Lorenz Bösch Präsident	Unternehmensberater, Mitglied der Geschäftsleitung der BHP-Hanser und Partner AG, Zürich; vormals Baudirektor des Kantons Schwyz
Niklaus Scheerer Vizepräsident	Financial Consultant, Zürich
Stefan Bingisser Quästor	Managing Director, Wealth Management & Swiss Bank der UBS AG, Zürich
Brian T. Adey (Rücktritt per Ende 2016)	Inhaber des Lehrstuhls für Infrastrukturmanagement am Institut für Bau- und Infrastrukturmanagement der ETH Zürich, Prof. Dr.
Dieter Bambauer	Mitglied der Konzernleitung der Schweizerischen Post und Leiter PostLogistics, Bern, Dr.
Jakob Baumann (Rücktritt per Ende 2016)	Vormaliger Rüstungschef der Armee und dem Verein seit 2006 verbunden
Urs Bolz	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Jean-Hugues Busslinger Urs Gasche	Direktor, Leiter politische Abteilung Centre Patronal, Paudex Nationalrat, Verwaltungsratspräsident der BKW FMB Energie AG, Bern
Tobiolo Gianella	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Jacky Gillmann (Rücktritt per Ende 2016)	Verwaltungsratspräsident der Losinger-Marazzi AG, Bern
Guido Grütter Doris Haldner	Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen Vorsitzende der Vertragskommission kantonales Verwaltungszentrum "Neumatt" Burgdorf; vormals Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern, Hettiswil
Andreas Lienhard	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Hansruedi Müller Sven Rump	CEO der Grisard-Gruppe AG, Basel Bereichsleiter Asset Management der Mobiliar Asset Management AG, Bern
Kurt Signer Hans Stöckli	Generalsekretär des Baudepartements des Kantons St. Gallen Ständerat Kanton Bern, Biel
Thomas Pfisterer	Ehrenmitglied, Gründungspräsident, Prof. Dr., alt Ständerat

Kontrollorgan des Vereins (Revisionsstelle)

Daniel Dubois	Betriebswirtschafter HSG, Leiter der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt, lic. oec.
Christian Meier	Betriebswirtschafter HSG, stv. Finanzchef und Controller der Stadt Thun, lic. oec.

Geschäftsstelle

Heinz Gut Geschäftsführer	Geschäftsführender Partner, Heinz Gut & Partner AG, Zürich
Sandro Malär	Stv. Geschäftsführer, administrativer Leiter Geschäftsstelle

Expertennetzwerk

Urs Bolz Präsident	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Andreas Lienhard Vizepräsident	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Serge Y. Bodart	Consultant Engineer, IPD – Infrastructure Project Development, Genf
Marc Cummins	Generalsekretär der Baudirektion des Kantons Zürich, Dr.
Jennifer Firmenich	Stv. Geschäftsführerin der elsener+partner ag, Bern
Tobiolo Gianella	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Doris Haldner	Vorsitzende der Vertragskommission kantonales Verwaltungszentrum "Neumatt" Burgdorf; vormals Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern, Hettiswil
Ansgar Kauf	Senior Expert in PPPs for Roads & Transport, Genf
Ulrich Keusen	Partner der Bratschi Wiederkehr & Buob AG, Bern
Romeo Minini	Advokatur Minini, Zürich
Hansruedi Müller	CEO der Grisard-Gruppe AG, Basel
Thomas Müller-Tschumi	Rechtsanwalt bei der Walder Wyss AG, Zürich, Dr.
Michael Schultze-Rhonhof	Geschäftsführer der DKC Kommunalberatung GmbH, Düsseldorf
Patrick Schwendimann	Kaufmännischer Leiter / Leiter Personal der BAM Swiss AG, Basel
Thomas Wilhelm	Leiter Akquisition der Marti Generalunternehmung AG, Bern
Michael Zilkens	Dipl. Ing. RWTH/SIA, Dipl. Kfm., Dipl. Volkswirt, Luzern

Gruppe italienische Schweiz

Tobiolo Gianella Leiter	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Alessandro Delorenzi	Finanzverwaltung der Stadt Lugano
Vanessa Frongillo	Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Tessin, Bellinzona
Betty Gatti	Juristin im Rechtsdienst der Stadt Lugano
Stefano Wagner	Direktor der Studi Associati SA, Lugano

6. Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen

Expertennetzwerk

Die Mitglieder des Expertennetzwerks haben sich 2016 unter der Leitung von Dr. Urs Bolz wiederum für zwei Meetings getroffen und aktuelle Informationen ausgetauscht.

An der Zusammenkunft vom 26. Mai 2016 bildete der Abschluss der Überarbeitung des 2011 erschienenen "PPP Praxisleitfaden Hochbau" das Schwerpunktgeschäft. Der Leitfaden ist seit Mai 2016 kostenfrei in deutscher und französischer Sprache auf der Vereinswebsite im Internet verfügbar. Mit dem Leitfaden, einer Broschüre zur Betriebsbilanz und einem Video ist das Wissen um das PPP-Pilotprojekt "Neumatt" umfassend aufgearbeitet und veröffentlicht. Ein weiteres Thema bildeten aktuelle Fragen der Spitalfinanzierung (Referenten Christian Elsener, Bernhard Eicher). Hier wurde festgestellt, dass grosse Investitionsvorhaben viel zu selten mit zweckmässigen Wirtschaftlichkeitsrechnungen über den Lebenszyklus und Beschaffungsvariantenvergleichen vorbereitet werden. Es wurde bedauert, dass bei geeigneten Projekten nicht vermehrt auf die Möglichkeiten und Methoden von PPP zurückgegriffen wird.

Auch die zweite Zusammenkunft am 8. November 2016 widmete sich dem aktuellen Informationsaustausch sowie weiter der Genfer Seequerung, insbesondere der Frage der Wirtschaftlichkeitsanalyse. Serge Bodart informierte über die Hintergründe der Vorstudie. Ansgar Kauf berichtete über interessante Aspekt der Wirtschaftlichkeitsstudie, die er für den Kanton erstellt hatte. Das Vorhaben ist aus wirtschaftlicher und rechtlicher Sicht realisierbar. Allerdings wurde betont, dass die wirtschaftlichen Abklärungen noch stark vertieft werden müssen.

Fachgruppen

Die Fachgruppe Gesundheit wurde 2016 aufgelöst.

Die Fachgruppen Bau, Dienstleistungen und Finanzen sind derzeit inaktiv.

Eine Reaktivierung der Fachgruppe Verkehr wird 2017 geprüft.

7. Ausblick auf das Jahr 2017

Für 2017 hat sich der Verein trotz finanziellen Einschränkungen wiederum einiges vorgenommen. Der Verein bemüht sich auch im neuen Vereinsjahr, sich und die öffentliche Präsenz des PPP-Themas weiterhin gut sichtbar zu halten.

Auch für 2017 sind zwei öffentliche Informationsveranstaltungen im Anschluss an die Generalversammlungen des Vereins geplant. Die thematischen Schwergewichte werden rechtzeitig im Internet bekannt gegeben. Bitte reservieren Sie sich die folgenden Daten:

- 5. Mai 2017 in Lugano
- 21. November 2017 in Bern